

**Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt**  
**Nicht zitierfähig!**

Aber in der Tat ist die Abwägung genau die gleiche. Bei der Vorratsdatenspeicherung geht es darum, dass ich einen Eingriff in ein Grundrecht darlegen, erläutern und beweisen muss als Einschränkung eines Freiheitsrechtes, weil es um ein übergeordnetes Rechtsgut geht, an dem ich ansetzen kann und bei dem ich sagen muss: Ja, da schränke ich ein, weil es der Sicherheit der Menschen dient. Da hat ein anderes Rechtsgut Vorrang.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das Grundrecht auf Bargeld habe ich nirgendwo gelesen!)

Hier gibt es aber kein anderes Rechtsgut, das Vorrang hat. Die Sicherheit der Menschen oder die Strafverfolgung etwa werden nicht dadurch verbessert, dass ich eine Bargeldobergrenze einführe. Ansonsten müsste in Italien – die haben seit Jahren eine Bargeldobergrenze von 1.000 €, die zwischenzeitlich mal etwas angehoben worden ist – die Maffia massiv zurückgedrängt worden sein. Herr Minister, da wäre ich für empirische Studien sehr dankbar. Wenn Sie welche haben, auch gerne.

(Beifall von der CDU)

Im Kern zeigt das: Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine große Chance: Wir können heute gemeinsam der Landesregierung mit auf den Weg geben, sich jeder zukünftigen Veränderung des Bundesbank-Gesetzes im Bundesrat zu widersetzen; denn dort ist verankert, dass Bargeld das einzige gesetzlich unbegrenzt anzunehmende Zahlungsmittel ist.

Herr Minister, es wäre schön, wenn Sie vor dieser Stelle hier erklären würden: Diese Landesregierung wird sich dafür einsetzen, egal, was im Bund sonst betrieben wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Optendrenk. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Weske das Wort.

**Markus Herbert Weske (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich kurz auf den eigentlichen Verfahrensstand des Parlaments zum Thema „Bargeldverkehr“ eingehen und versuche dabei bei einer parlamentarischen Ausdrucksweise zu bleiben; denn dieser CDU-Antrag ist zu diesem Zeitpunkt eine Frechheit.

(Beifall von der SPD)

Am 2. September des vergangenen Jahres hat die FDP-Fraktion ihren Antrag „Keine rigide Höchstgrenze für Zahlungen mit Bargeld einführen“ ordentlich in diesen Landtag eingebracht. Diesen Antrag haben wir gemeinsam mit allen Fraktionen zur weiteren Beratung in den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen. Dort haben wir einstimmig beschlossen, eine Anhörung durchzuführen. Dazu hat sich dann die Fraktion der Piraten mit dem eigenen Antrag „Bargeld – Freiheit – Privatsphäre – PUNKT!“ positioniert und diesen richtigerweise dem Beratungsverfahren hinzugefügt.

Nun befindet sich unser parlamentarischer Diskurs genau zwischen der Anhörung, die am 3. Mai stattgefunden hat, und der Auswertung dieser Anhörung, die nun im Haushalts- und Finanzausschuss stattfinden soll. Es ist uns ein völliges Rätsel, warum Sie von der CDU-Fraktion nun mitten in diesem ordentlichen, geübten und bewährten Verfahren das Parlament

**Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt**  
**Nicht zitierfähig!**

mit einem Antrag zu einer direkten Abstimmung zwingen wollen, ohne diese Auswertung abzuwarten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist mindestens schofelig gegenüber den Fraktionen von FDP und Piraten, vor allem aber ist es auch ein unmögliches Verhalten gegenüber den Sachverständigen, die ja vor einer Beschlussfassung sicherlich mitbekommen hätten, wie wir im Ausschuss darüber diskutieren, um zu einem Ergebnis zu kommen. Ich arbeite nun seit 1992 in diesem Hohen Hause und kann sagen: Das habe ich in den 24 Jahren hier noch nicht erlebt.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Auch wenn Ihre Vorgehensweise eigentlich schon Grund genug ist, den Antrag abzulehnen, möchte ich noch kurz auf ihn eingehen.

Auf Ihre Überschrift „Hände weg vom Bargeld“

(Zuruf von der CDU: Finger weg!)

– oder „Finger weg vom Bargeld“ –, was genau das Gegenteil bedeutet, will ich jetzt nicht eingehen, aber auf den Inhalt. Der CDU-Antrag beschäftigt sich an erster Stelle mit der Einstellung der Herstellung und Ausgabe des 500-€-Scheins, die die Europäische Zentralbank beschlossen hat. Das ist im Übrigen etwas anderes als die Abschaffung, bei der die Scheine alle zerrissen werden müssen.

(Heiterkeit von der SPD)

Damit hat der EZB-Rat den Bedenken Rechnung getragen, dass diese große Banknote illegalen Aktivitäten Vorschub leisten könnte. – Ich kann den Schritt nachvollziehen; Sie können das offensichtlich nicht.

Fast zeitgleich hat übrigens – das wiederum gefällt Ihnen wahrscheinlich – die Schweizerische Nationalbank beschlossen, den 1.000-Franken-Schein, die wertvollste Banknote, die weltweit von einer Nationalbank ausgegeben wird, kleiner und handlicher zu machen. Er soll in Zukunft nicht mehr 181 mm, sondern nur noch 158 mm lang sein.

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. – Das muss Sie doch freuen, wer viel Bargeld transportiert, muss künftig weniger schwer tragen.

(Beifall und Heiterkeit von der SPD)

Aber all das – ich erwähnte es bereits bei der letzten Debatte hierzu im Plenum – hat mit der Wirklichkeit der Menschen in unserem Land, mit ihren Sorgen und Nöten nichts zu tun. Und wenn doch, klären Sie mit Ihrem Antrag nicht auf, sondern schüren Ängste: Viele Bürgerinnen und Bürger sind verunsichert; der erste Schritt hin zu einem bargeldlosen Zahlungsverkehr usw.

Warum haben Sie in Ihrem Antrag nicht geschrieben, was der EZB-Rat genau beschlossen hat? Ich zitiere:

„Angesichts der internationalen Bedeutung des Euro und des großen Vertrauens in die Banknoten des Währungsraums bleibt der 500-€-Schein gesetzliches Zahlungsmittel und kann somit weiter als Zahlungsmittel und Wertspeicher verwendet werden.“

**Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt  
Nicht zitierfähig!**

...

Wie die anderen Stückelungen der Euro-Banknoten wird der 500-€-Schein seinen Wert auf Dauer behalten.“

Es ist also nicht so, wie Sie in Ihrem Antrag schreiben, der erste Schritt hin zu einem bargeldlosen Zahlungsverkehr. Es ist vielmehr wie bei den Lottozahlen. Auch wenn die Zusatzzahl nicht mehr gezogen wird, gibt es die anderen sechs Zahlen immer noch, und es wird sie auch weiterhin geben.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Herr Kollege Weske ...

**Markus Herbert Weske (SPD):** Ich mache eben zu Ende.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Und dann machen wir die Zwischenfrage?

**Markus Herbert Weske (SPD):** Von mir aus. – Wenn ich irgendwann einmal sechs Richtige im Lotto haben sollte, werde ich mir den Gewinn bar auszahlen lassen. Denn auch bei einer möglicherweise eingeführten Obergrenze bei Barzahlung darf man so viel Bargeld zu Hause horten, wie man möchte, und kann auch Rechnungen in fünfstelliger oder noch größerer Höhe begleichen. Ich muss nur zu meiner Sparkasse gehen, den Betrag auf mein Konto einzahlen und die Summe an den Rechnungssteller überweisen.

Durch die Einführung einer Obergrenze wird das Bargeld selbst eben nicht abgeschafft. Das ist wie auf dem Kölner Ring. Auch Höchstgeschwindigkeiten und Blitzer sorgen nicht dafür, dass die Autobahn stillgelegt wird.

(Beifall und Heiterkeit von der SPD)

Ich komme zum Ende. Aber zu diesen Details werden wir uns, wie es sich gehört, nach der Auswertung der Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss verhalten. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Weske. Jetzt wollten Sie noch die Zwischenfrage von Herrn Kollegen Dr. Optendrenk mitnehmen. – Herr Kollege, bitte.

**Dr. Marcus Optendrenk (CDU):** Danke, dass Sie die Zwischenfrage noch als Endfrage zulassen. – Wie stehen Sie denn zu der Tatsache, dass die Sorgen und Ängste, die wir artikuliert haben, von Ihrem Koalitionspartner auf einem Landesparteitagsbeschluss genauso formuliert worden sind? Der Beschluss hat deutlich gemacht, dass genau das, was wir als Gegenstand des Antrags hatten, die Sorgen und Ängste der Menschen in Nordrhein-Westfalen sind.

(Beifall von der CDU)

**Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt**  
**Nicht zitierfähig!**

**Markus Herbert Weske** (SPD): Das können die Grünen gerne so handhaben. Vielleicht führt es ja dazu, dass viele Wähler von der CDU zu den Grünen wechseln werden. Vonseiten der Sozialdemokraten sehe ich keinen Handlungsbedarf. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Noch einmal vielen Dank. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Kollege Abel das Wort.

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE] geht zum Rednerpult.)

Ist das Muhammad Ali auf Ihrem T-Shirt?

**Martin-Sebastian Abel** (GRÜNE): Ja, Herr Präsident. Anlässlich der Beerdigung habe ich gedacht, das wäre eine schöne Geste.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

Ich glaube, dass viele die Nachricht vom Ableben von Muhammad Ali mit großer Trauer aufgenommen haben. Deswegen habe ich dieses T-Shirt heute Morgen aus meinem Kleiderschrank herausgepickt.

(Zuruf von den PIRATEN: Zweierlei Maß!)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Optendrenk, der CDU-Antrag ist ein ziemlich billiger Versuch. Kollege Weske hat auf den Zeitplan hingewiesen; es gibt bereits Anträge im Hause. Es ist besonders billig, wenn man sieht, dass Ihr Finanzminister Herr Dr. Schäuble einer der brennenden Befürworter einer Bargeldobergrenze ist.

Man muss sich an dieser Stelle wie auch an anderen Stellen fragen, ob Sie als größter Landesverband der CDU in Ihrer Partei überhaupt irgendetwas zu sagen haben. Denn wenn Sie geißeln, dass es hier vonseiten des Finanzministers – was er nicht gemacht hat – Vergleiche mit der Mafia gegeben hätte, kann man nur sagen: Wenn Sie mit dem Finger auf uns zeigen, zeigen drei Finger auf Sie selbst zurück. Es war Staatssekretär Meister, der gesagt hat, er sei für eine Abschaffung des Bargeldes, weil damit sehr viele illegale Geschäfte gemacht würden.

(Zuruf von der SPD)

Das heißt, Staatssekretär Meister hat alle Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht gestellt, und damit zeigen drei Finger eindeutig auf Sie zurück. Das ist schon sehr billig, Herr Kollege.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Herr Kollege Abel, der von Ihnen soeben angesprochene Abgeordneterkollege möchte Ihnen gerne seinerseits eine Frage stellen. Ich nehme an, Sie lassen sie zu.

**Martin-Sebastian Abel** (GRÜNE): Ja, sehr gerne.